Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 11

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

und des Verkehrs zur Folge gehabt. Ausserdem haben verschiedene mittlere und kleinere Industriebetriebe sowie Bauunternehmungen bereits im Vorjahr ihre ursprünglichen Planziele herabsetzen müssen, weil sie der Landwirtschaft Arbeitskräfte zur Verfügung stellen mussten. Das Ergebnis davon ist, dass im Plan 1961 in der Schwerindustrie der Umfang der geplanten Grossprojekte reduziert wurde. Ausserdem wird besonders nachdrücklich zur sparsamen Verwendung von Rohmaterialien gemahnt.

In der Leichtindustrie, die grossteils rohmaterialmässig von der Landwirtschaft abhängig ist, sind, der chinesischen Presse zufolge, die Auswirkungen dieses wirtschaftlichen Zusammenbruchs am meisten spürbar. Man schätzt, dass Produkte, wie z. B. Baumwolle, Textilien, Strickwaren, Zigaretten, Pflanzenöle, Zucker usw. «ihre ursprünglichen Planziele nur mangelhaft erreichen werden». Angesichts dieser schweren Krise soll das Hauptaugenmerk im Jahre 1961 vor allem «auf die Stärkung der Agrarfront» konzentriert werden. Bereits jetzt hat sich gezeigt, dass die Auswirkungen dieses verfahrenen Wirtschaftssystems offensichtlich so schwerer Natur waren, dass man sich auch von offizieller Seite her endlich entschliessen musste, das herrschende Wirtschaftschaos zuzugeben. Man macht aber nicht nur die Naturkatastrophen allein dafür verantwortlich, sondern auch «verschiedene Unzulänglichkeiten» der Funktionäre, vor allem aber auch «Sabotageakte schlechter Elemente». Deshalb wurden umfassende «Säuberungen» und eine Berichtigungskampagne in Angriff genommen, d. h. also man sucht nach Sündenböcken.

Dezentralisierte Zentralisierung

Neben gewissen Dezentraliserungsbestrebungen, besonders in der Landwirtschaft, hat man sich darüberhinaus entschlossen zur Ueberwachung der lokalen Parteikomitees in den verschiedenen Gebieten sechs Zweigstellen des Zentralkomitees einzurichten, die der Zentrale direkt unterstehen. Diese Verstärkung des Parteiapparates und seine dezentralisierte Zentralisierung deuten darauf hin, dass man durch einen verschärften Kurs das zerrüttete Wirtschaftsgefüge — und sei es mit Gewalt — wieder auf die Füsse zu stellen hofft, um damit die eigene Position wieder zu festigen. Allerdings ist dabei zu bedenken, dass verstärkter Druck verstärkten Gegendruck erzeugt!

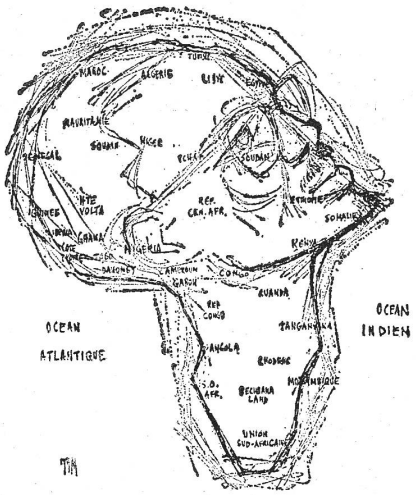
Aussenpolitik

Bulgarien

Afrika = Lumumbien

Galt diese Gleichsetzung im gesamten Ostblock schon zu Lebzeiten des kongolesischen Politikers, so wird sie seit Bekanntgabe seines Todes noch viel mehr ausgeschlachtet: Der ganze Kontinent wird als Lumumbas Vermächtnis dargestellt, und dieses zu verwalten ist selbstverständlich der Kommunismus berufen.

Bezeichnend für diese politische Mythenbildung ist die hier wiedergegebene Zeichnung, die von der «Otetschestven Front» in Sofia aus einer nicht angegebenen, anscheinend französischen Quelle übernommen wurde. Das leicht kitschig wirkende Bild diente als Illustration zu einem Bericht über die Rede Nkrumahs vor den



Vereinten Nationen, in welcher der linksstehende ghanesische Präsident seinen Kongoplan darlegte.

In der Sowjetunion ist die erste Nummer der Zeitschrift «Asien und Afrika heute» erschienen. Ein grosser Artikel trägt den Titel «Patrice Lumumba — das Freiheitsbanner Afrikas».

Statistisches

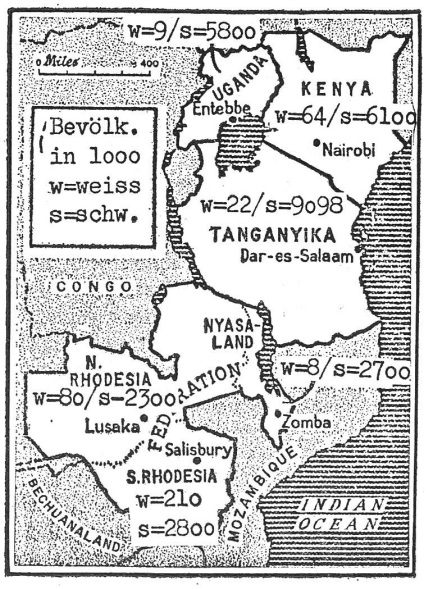
Blickfeld Ostafrika

Die Nichtaufnahme Südafrikas in das Commonwealth dürfte trotz der unmittelbar sich ergebenden Schwierigkeiten einen wichtigen politischen Erfolg des Westens im übrigen Kontinent darstellen. Rechtzeitig gekommen ist der Entscheid namentlich für Ostafrika, wo sich die Frage über demokratische oder kommunistische Zugehörigkeit in nächster Zukunft stellen wird. Denn während die offenen Krisenherde im Westen den grössten Teil der Weltaufmerksamkeit beanspruchen, bereiten sich im Osten die grossen Entscheidungen vielleicht ruhiger, aber mit der gleichen Unerbittlichkeit vor.

Für die Freie Welt sind die Aussichten insofern nicht ungünstig, als die Entwicklung vom Kolonialstadium zur Demokratie schon seit einiger Zeit vorbereitet wurde, und die Heranbildung eines selbständigen mit den Kolonialinteressen nicht zu identifizierenden einheimischen Kaders relativ frühzeitig an Hand genommen wurde. Auch verfügt Ostafrika heute über mehrere besonnene Führerpersönlichkeiten, die jedoch (wie die Bevölkerung) auch vom Kommunismus umworben werden. Der Westen hat hier auf der Hut zu sein. Segregationistische Tendenzen etwa verderben ihm viele Sympathien. Bezeichnend dafür war die Drohung Nyereres, Regierungschef von Tanganjika und ausgesprochen «westlich» orientierter Politiker, sein Land werde nicht einem Commonwealth beitreten, das die Südafrikanische Union mit einschliesse. Unterdessen hat sich die Commonwealth-Konferenz gegen die Aufnahme Südafrikas entschieden (formell zog Verwoerd angesichts des Widerstandes gegen seine Rassenpolitik sein Gesuch zurück) und bekannte sich damit weitsichtig zu den jungen Staaten.

Das Verhältnis von weisser und schwarzer Bevölkerung spielt eine wichtige Rolle bei der unterschiedlichen Entwicklung der verschieden heranreifenden Nationen. Besonders aufschlussreich ist hierbei die Verteilung in der Zentralafrikanischen Föderation. Ein Blick auf die hier wiedergegebene Karte zeigt einen wichtigen Grund, weshalb sich die Nationalisten in Nordrhodesien und Njassaland gegen den Fortebestand der Föderation wenden: Der Dominationswille des stark europäisch durchsetzten Südrhodesien (das vor allem das wirtschaftlich durch seine Bergwerke interessante Nordrhodesien nicht verlieren will) wird als Fortsetzung des Kolonialismus empfunden.

Verhältnis der weissen zur schwarzen Bevölkerung in den ost- und zentralafrikanischen Staaten.



Ein ernsthaft gemeinter Vorschlag auf konsularische Beziehungen zwischen der Südafrikanischen Union und den Südstaaten der USA ist von R. Parker, Sekretär der «Vereinigung beider Süden» erhoben worden. Nach Ansicht des südafrikanischen Politikers haben beide Gebiete nicht nur gemeinsame Interessen, sondern auch eine gemeinsame Zukunft: In wenigen Jahren werde die rassisch unterdrückte Bevölkerung das Joch abwerfen.

Contact

«Barmherzigkeit nur für Europäer», so überschreibt die in Kapstadt erscheinende unabhängige «non racial» Zeitschrift «Contact» einen Bericht über ein Vorkommnis bei Greylingstad. Nach einem Verkehrsunfall mussten einheimische Verletzte auf ihren Abtransport ins Spital warten. «Unser Ambulanzwagen ist nur für Weisse», hatte ein Stadtbeamter bestimmt.

Erstaunlich (und tröstlich) ist immerhin, dass in der SAU eine solche Zeitschrift wie «Contact» erscheinen kann, die etwa in unverblümten Ton auffordert: «Tragen wir dazu bei, die Apartheid-Regierung ihrer Machtmöglichkeiten zu berauben (als Beispiel wird dann die Commonwealth-Zugehörigkeit erwähnt!). So können wir ihre auf Terror, Armut und Tod gegründete Herrschaft beenden.»

Einer der Unterschiede zwischen dem Verwoerd-Regime und den totalitaristischen Staaten im Osten besteht darin, dass sich im kommunistischen Bereich keine Stimme wie «Contact» erheben kann.

Aussenhandel

Sowjetische Besatzungszone Deutschland

Die schwankende Linie

Für das «Einerseits — Anderseits» (siehe KB, Nr. 9) das gegenwärtig die DDR-Einstellung zu Westimporten kennzeichnet, bot kürzlich die Rostocker «Ostsee-Zeitung» ein hübsches Beispiel. In ihrer Nummer vom 24. Februar berichtete sie mit Genugtuung unter dem Titel «Die Drosselung von Westimporten»: «Zurzeit liegen Verpflichtungen von 75 Kollektiven der Werften vor, sich auch von den noch verbleibenden 71 Importvorhaben aus der Westzone freizumachen.»

Tags darauf nahm das gleiche Blatt einen Artikel des Diplom-Philosophen Roland Schubert auf, in welchem zu lesen war: «Weil wir wirklich eine friedliche Wiedervereinigung wollen, sind wir nicht nur daran interessiert, dass der Handel zwischen der DDR und Westdeutschland aufrecht erhalten wird, sondern wir treten dafür ein, dass die Handelsbeziehungen noch viel umfangreicher werden... Es taucht die Frage auf, ob die Massnahmen, die wir ergreifen müssen (Produktionsautonomie), um unsere Wirtschaft gegen Störungen abzuschirmen, nicht zu Schwierigkeiten in unserer ökonomischen Entwicklung führen.. Zweifellos werden wir vorübergehend einige Investitionsgelder, Ausrüstungen usw. zusätzlich für die Wirtschaftsgebiete verwenden müssen.» Goldene Zeiten für die DDR-Wirtschaftstheoretiker: Wie man's macht, macht man's richtig.

Zu einem Akt der Auflehnung gegen die von der Partei aufgestellte Einheitsliste kam es an der Ostberliner Humboldt-Universität. Nach Wahlen in die Studentenorganisationen wurde festgestellt, dass die Resultate von KP-Funktionären gefälscht worden waren. Da sich 350 Studenten weigerten, die manipulierten Ergebnisse anzuerkennen, wurde ihnen eine neue Wahlversammlung in Aussicht gestellt. Die Kandidaten sollen diesmal nicht nach Einheitsliste, sondern nach den Vorschlägen der Versammlung aufgestellt werden.

Dies und jenes

Sowjetunion

Man munkelt...

Wir berichteten im «klaren Blick» bereits von hartnäckigen Gerüchten, die in der Sowjetunion über die sogenannten «fliegenden Teller» zirkulierten und über die Bemühungen der offiziellen Stellen diese Gerüchte einzudämmen. Nun liegen verschiedene Angaben über zahlreiche andere Gerüchte vor, die im Umlauf sind und die auf eine starke Unruhe und leichte Erregbarkeit der Bevölkerung hinweisen.

So wird schon seit Monaten darüber geflüstert, dass in gewissen Gebieten Sibiriens die Versuche mit Nuklearwaffen fortgesetzt werden, dass diese Gebiete deshalb verseucht sind und dass zahlreiche Fälle von Strahlenkrankheit aufgetreten seien. Die Aufregung, besonders in den Ortschaften Sibiriens, war so gross, dass die Zeitschrift «Ogonjek» einen Spezialbericht über die Untersuchungen dieser Gerüchte veröffentlichte. In diesem Bericht werden die Gerüchte über die Strahlenkrankheit in Sibirien auf Grund wissenschaftlicher Untersuchungen widerlegt.

Nach dem Januarplenum des Zentralkomitees der Partei zirkulierten hauptsächlich in Moskau Gerüchte über wichtige angeblich geheimgehaltene Aenderungen an der Parteispitze. Die Zeitung «Komsomoljskaja prawda» nahm zu diesen Gerüchten Stellung, indem sie am 4. Februar einen etwas sonderbaren Beitrag veröffentlichte. In diesem wird erzählt, wie kurz nach dem Parteiplenum die Redaktion von privater Seite telephonisch angefragt wurde, warum die Rede Chruschtschews nicht veröffentlicht wird. Die Redaktion beruhigte die Fragesteller und gleichzeitig die Leser mit der Versicherung, dass die Dokumente des Plenums «von der ersten bis zur letzten Zeile veröffentlicht werden», was offenbar nicht selbstverständlich ist und einer besonderen Zusicherung bedarf.

Noch wichtiger im Sinne der Beeinflussung der Stimmung im Volk sind zahlreiche Gerüchte von lokaler Bedeutung. Aber nicht nur das, auch der Charakter des Vertrauensverhältnisses zwischen Volk und Behörden kommt dabei zum Vorschein. Die lokalen Gerüchte können nicht immer mit wissenschaftlichen Argumenten und mit der Autorität der Zentralregierung oder der Zentralstellen der Partei bekämpft werden und die lokalen Behörden, die aus taktischen Gründen auch von den Zentralorganen oft desavouiert und als Sündenböcke, Schwindler und beinahe Volksfeinde dargestellt werden, haben offenbar nicht viel Kredit bei der Bevölkerung.

Man ist offenbar bereit, den Behörden alles Mögliche zuzutrauen. Auch die Bedeutung und das Vertrauensverhältnis zu Organisationen, Gewerkschaften und zur Partei, welche angeblich nur im Interesse des Volkes handeln, werden durch die Tatsache der raschen Verbreitung der Gerüchte deutlich charakterisiert.

Sport

Stadion contra Wohnung

«Fünf Jahre wird bereits am Sportstadion von Orel gebaut, und noch sieht man kein Ende. Bereits wurden 7,5 Millionen Rubel verschlungen, und dabei stehen erst der Monumentaleingang und eine Umfassungsmauer. Ueberdies hat es in Orel noch zwei andere Stadien. Dagegen haben wir viel zu wenig Wohnungen. Viele leben auf engstem Raume zusammen, oft in Baracken und Kellern. Der Stadtverwaltung liegen mehr als 3000 Wohnungsgesuche vor.»

Das schrieb D. Owtscharow, ein erboster Einsender aus Orel, einer südlich Moskau gelegenen Stadt von 150 000 Einwohnern, der Moskauer «Sowjetskaja Rossija». Der Schreiber nahm auf Chruschtschews Rede vor dem Zentralkomitee der Partei Be-

---

Im Vergleich noch ruhig: Indonesien

Staats- und Regierungsform: Zentralistische Republik — Parlament aus einer Kammer (seit 1960 «Gotong Rojong» genannt) — wahlberechtigt alle über 18 Jahre alten Bürger — keine allgemeine Wehrpflicht — Verwaltungsgliederung in zehn Provinzen, von denen u. a. je drei auf Java und Sumatra, je eine auf Borneo, auf Celebes und die Molukken entfallen.

Staatsoberhaupt und Regierungschef: Präsident Ahmad Sukarno, praktisch mit unbeschränkten Vollmachten, vertreten durch einen von ihm ernannten Ersten Minister.

Parteien: Nach den Wahlen von 1955 waren am stärksten die «Indonesische Nationalpartei» und der «Indonesische Moslem-Rat», die je 57 von den 273 Parlamentssitzen gewannen, es folgten die orthodoxe «Moslem-Liga», die «Indonesische Kommunistische Partei». Anfang 1960 schuf Sukarno als politische Massenbewegung die «Nationale Front» und übernahm die Kontrolle aller Parteien. Im März löste er das Parlament auf und verteilte die Sitze im Parlament völlig neu, wobei 131 Sitze an funktionelle Gruppen» (Frauen, Jugend, Arbeiter, Bauern, Wissenschafter, Unternehmer, Streitkräfte usw.) fielen, die übrigen an die politischen Parteien.

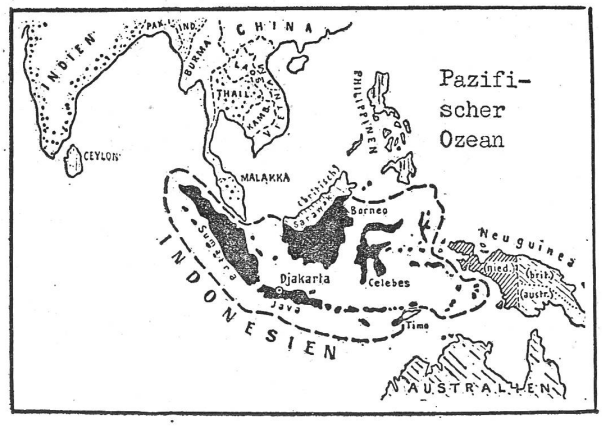
Bodenfläche: 1 491 564 Quadratkilometer.

Einwohner: 91 900 000 (1960).

Wichtigste Städte: Djakarta (früher Batavia, Hauptstadt) über 2 Millionen Einwohner, Surabaja 1 135 000 Einwohner, Bandung 952 000, Semarang, Solo, Makasar, Palembang, Medan, Malang.

Bevölkerung: Ganz überwiegend malaiische Indonesier. Stärkste Gruppe sind die Javaner, grösste Fremdengruppe die Chinesen.

Staatssprache: Bahasa Indonesia, ausserdem indonesische Regionalsprachen. Handelssprache Englisch und Holländisch.



Religion: Ueberwiegend Mohammedaner, ausserdem Hindus, Buddhisten, Christen und Anhänger von Naturreligionen.

Wichtigste Ausfuhrgüter: Kautschuk (fast zwei Fünftel des Ausfuhrwertes), Zinn, Kopra, Tee, Palmöl, Gewürze, Hölzer, Harze.

Aussenhandelspartner: Singapur und Malaiischer Bund, USA, Japan, Niederlande, Grossbritannien.

Mitgliedschaft: Uno, Colombo-Plan, Bandung-Staaten.

zug, in welcher der Regierungschef jene Verantwortlichen einer scharfen Kritik unterzog, die sich für Bauten von zweitrangiger Bedeutung begeisterten und zugleich dringliche Konstruktionsaufgaben vernachlässigten.

Recht aufschlussreich sind einige weitere Bemerkungen des Einsenders. Hunderte von Arbeitern, Angestellten, Studenten und Schülern seien an Samstagen und Sonntagen «freiwillig» zum Bau des Stadions aufgeboten worden, ihr Lohn sei als «Spende» an den Baufonds gegangen.

Nach Leningrad hat auch Moskau seinen Heiratspalast, so dass das Bonmot «Heirate in Palästen, wohne in Hütten» nun in der Hauptstadt neuen Nährboden finden dürfte.

Die 12. Ausgabe des Index für Uebersetzungen aus der bibliographischen Sammlung der Unesco führt Chruschtschew mit 198 in Fremdsprachen erschienenen Arbeiten unter den meist übersetzten Autoren an.

Gegenwärtig gibt es in der Sowjetunion 100 Fernsehsender und Relaisstationen sowie fünf Millionen Fernsehapparate (die hauptsächlich in den verschiedenen Partei-, Fabrik-, Schul- und Militärklubs zu finden sind).

Landwirtschaft

Tschechoslowakei

Das unschlachtbare Vieh

Notschlachtungen von Schweinen und Kälbern haben in der Tschechoslowakei stark zugenommen, wobei sie sich auffälligerweise besonders am Wochenende häufen. Viele Tiere erleiden am Freitag einen Unfall und müssen am nächsten Tage abgetan werden.

Ein Artikel der Pressburger «Uj szo», die diese Notschlachtungen nicht glaubt, über die Schwierigkeiten der staatlichen Fleischversorgung wirft erneut ein bezeichnendes Licht auf die Zustände der planwirtschaftlich gelenkten Landwirtschaft, bei der sich die Bauern ihr eigenes Interesse durch allerhand Selbsthilfeaktionen zu wahren suchen.

Der Grund für die offensichtlich gefälschten Notschlachtungen liegt darin, dass Schweine und Kälber erst dann geschlachtet werden dürfen, wenn die planmässigen Lieferungen an die staatlichen Ankäufer abgeschlossen, alle Steuern bezahlt und alle öffentlichen Schulden abgetragen worden sind. Dazu muss erst noch ein vorgeschriebenes Quantum Fett für jedes geschlachtete Tier abgeliefert werden. Da der bürokratisierte Staatshandel, der in Form sogenannter Kontraktionsverträge festgelegt ist, schlecht funktioniert, spielen die Privatschlachtungen der Dorfbevölkerung eine wesentliche Rolle.

Somit versuchen die Bauern den bei beglaubigten Unfällen gestatteten Notschlachtungen ein bisschen nachzuhelfen. «Uj szo» macht den Bezirks-Nationalausschüssen den Vorwurf, ihre Bewilligungen viel zu leichtfertig zu erteilen. In einem einzigen Bezirk seien innerhalb von sechs Monaten nicht weniger als 88 rechtswidrige Bewilligungen erteilt worden. Dazu kämen noch die eigentlichen Schwarzschlachtungen, von denen man im gleichen Zeitraum 159 festgestellt habe. Bei diesem privaten Fleischumsatz, stellt die Zeitung bitter fest, sei der Plan für den staatlichen Ankauf nicht erfüllt worden.

Dass sich auch andere Satellitenstaaten mit diesem Problem zu befassen haben, zeigt eine dieser Tage erschienene ungarische Regierungsverordnung, wonach der gesamte Rindviehbestand besser registriert und kontrolliert werden soll. Vieheigentümer haben jeden Wurf, jedes Eingehen, jeden Ankauf oder Verkauf innert 30 Tagen zu melden. Jedes Tier muss jedes Jahr tierärztlich untersucht werden. Die erste Registrierung nach der neuen Regelung ist bemerkenswerterweise auf den Tag der Volkszählung im März festgesetzt worden.

Film

Jugoslawien

10 Jahre Zeichenfilm

In den letzten Jahren hat der jugoslawische Zeichenfilm grosse Fortschritte gemacht, nachdem erstmals 1951 solche Filme gedreht wurden. Mit einigen Ausnahmen bewältigt die Filmgesellschaft «Zagreb-Film» die gesamte Produktion. Von 1951 bis 1960 entstanden insgesamt 51 Unterhaltungs- und 26 Reklame-Zeichenfilme, die jedoch zur Hauptsache ins Ausland gingen, da in Jugoslawien selber keine grosse Nachfrage herrscht. Unter den Importeuren jugoslawischer Zeichenfilme seien vor allem Grossbritannien, die Commonwealth-Länder, Belgien, die USA, Kanada, Westdeutschland und Oesterreich erwähnt.

Bezüglich Form und Thema verteilen sich die Filme wie folgt:

Filmsatire	12
Erzählung	11
Trickfilm	8
Experimentierfilm	4
Kinderfilm	7
Populärwissenschaftliches	5
Filmpoesie	1
Streifen für klassische Literatur	2
Fabelstoffe	1

An zahlreichen Festivals haben die jugoslawischen Zeichenfilme erste Auszeichnungen erhalten, so allein im Jahre 1960 13 internationale Filmpreise. («Jugoslovenski pregled», Belgrad, Nr. 1, 1961.)

Budget

Ungarn

Kalkulierte Unsicherheit

Ungarn will dieses Jahr mehr Geld zur Gewährleistung von Ruhe und Ordnung ausgeben als zu Verteidigungszwecken. Das am 4. März im Amtsblatt des Landes, dem «Magyar Közlöny» veröffentlichte Budget sieht für den ersten Posten eine Summe von 3652 Millionen Forint (4,8 Prozent der Gesamtausgaben) vor, als eigentliche militärische Aufwendungen dagegen nur 3376 Millionen Forint (4,5 Prozent).

Dass die Polizei höher dotiert wird als das Militär, könnte beinahe als Geständnis dafür aufgefasst werden, dass Ungarn mehr Grund hat, den Gegner im Innern zu fürchten als den bewaffneten Feind ausserhalb der Grenzen. Doch dürfte das Verhältnis der beiden Ausgabeposten vor allem seinen Grund darin haben, dass Militärausgaben — wie überall im kommunistischen Osten — im staatlichen Haushaltplan getarnt sind. Militärische Ausbildung kann sehr wohl durch Tuppen eines Sicherheitsdienstes betrieben werden, und Industrie-Investitionen können ein ganzes Aufrüstungsprogramm umfassen. Mit Sicherheit steht fest, dass sich aus budgetierten Zahlen in keinem kommunistischen Land auf das wirkliche Verhältnis der Wehraufwendungen zu den übrigen Ausgaben schliessen lässt.

Im weiteren sieht das Ausgabenbudget vor: 45 587 Millionen Forint (60,2 Prozent) für industrielle Investitionen, für die technische Entwicklung der Industrie; für die Erweiterung der landwirtschaftlichen Produktion (Beendigung der sozialistischen Umorganisation der Landwirtschaft); für die Entwicklung des Verkehrswesens, für die Erweiterung des Handelsnetzes, für Bauwesen und für die Tilgung der internationalen Schulden.

Für Ausgaben für das Gesundheitswesen, soziale Zwecke, Sozialversicherung, Unterrichts- und Kulturpolitik: 20 699 Millionen Forint (27,3 Prozent). (Artikel 5.) Zu Verwaltungszwecken: 2410 Millionen Forint (3,2 Prozent).

*

Bei einer Bevölkerungszahl von etwas über zehn Millionen zählt Ungarn gegenwärtig 15 498 Aerzte, Zahnärzte und andere Spezialisten mit eingeschlossen. Somit kommt auf 666 ein Arzt, doch gibt es 145 grosse Ortschaften ohne Arzt, während in Budapest 91 Aerzte als nicht vollbeschäftigt angeführt werden.

Partei

Schwesterpartei PdA

Das Budapester Parteiorgan «Nepszabadsag» veröffentlichte am 5. März einen längeren Artikel über die schweizerische Partei der Arbeit, dem als Einleitung ein Grusstelegramm des ZKs der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (KP) vorangestellt wurde, in welchem «unserer den 40. Jahrestag ihrer Gründung feiernden schweizerischen Schwesternpartei» gedacht wurde.

Die Schweizerische Partei der Arbeit führt seit vierzig Jahren ihren konsequenten Kampf im marxistischen-leninistischen Geist zur Sicherung der demokratischen Freiheitsrechte der Werktätigen, für den gesellschaftlichen Fortschritt, zur Verteidigung des Friedens.

Die Bedeutung der Partei nahm besonders um die Mitte der fünfziger Jahre zu, als die schweizerische Regierung ihre «sich auf Kraftpolitik und militärische Abschreckung» basierende, die traditionelle Neutralitätspolitik aufgebende Politik offen verkündete. Der 6. Kongress der Schweizerischen Partei der Arbeit enthüllte im Mai 1955 die Machinationen der Regierung und verkündete ein neues Programm zum Schutz des Friedens und der Demokratie.

Die Schweizerische Partei der Arbeit setzt sich in ihrem Kampf immer für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und für die Aktivierung der Volksmassen ein. Obwohl die Bourgeoisie und die mit ihr verbündete rechtsorientierte Sozialdemokratie für die Isolierung der Partei der Arbeit alles Mögliche unternehmen, kann jede Aktion der Kommunisten solche Massen mobilisieren wie zum Beispiel die Kampagne zur Unterzeichnung des Friedensmanifestes, wo eine Viertelmillion Menschen in der Schweiz dieses Friedensdokument unterzeichneten ...

Wirtschaft

USA-UdSSR

Produktion und Reserven an Erdöl

in Millionen Tonnen

Jahre	USA Produktion	USA Neue Funde	USA Gesamtreserven	Sowjetunion Produktion	Sowjetunion Neue Funde	Sowjetunion Gesamtreserven
1954	278,4	341,0	3555,4	64,0	123,4	1229,0
1955	237,5	351,9	3609,9	74,4	169,6	1324,2
1956	316,5	366,4	3659,7	87,1	1824,0	3061,1
1957	313,8	300,2	3646,1	99,8	249,4	3210,8
1958	294,8	322,0	3673,4	115,2	305,7	3401,3
1959	309,3	450,7	3813,4	131,5	417,2	3687,0
1960	—	—	—	148,0	—	—
1961	—	—	—	(164,0)	—	—

(Quellen: Statistical Review of the World Oil Industry 1959, «The New York Times», March 13th 1961.)

In den letzten Jahren unternahm die Sowjetunion grosse Anstrengungen, um ihre Erdölproduktion rasch zu steigern. Zahlreiche neue Erdölvorkommen wurden durch geologische Expeditionen in den Gebieten zwischen Wolga und dem Uralgebirge, in Zentralasien und vor allem in Sibirien erschlossen. Durch die Intensivierung der Sondierbohrungen nahmen die nachweisbaren Erdölreserven mit kaum vorstellbarer Schnelligkeit zu.

Von 1954—1959 hat sich die Erdölproduktion der UdSSR verdoppelt, und im gleichen Zeitraum haben sich die Erdölreserven mehr als verdreifacht. 1940 waren die Erdölreserven der Sowjetunion etwa 13- bis 15mal so hoch wie die Jahresproduktion. Heute, trotz einer unvergleichbar höheren jährlichen Produktion, sind die schon erforschten Reserven für die nächsten 35 bis 40 Jahre ausreichend. Das diesjährige Produktionsziel von 164 Millionen Tonnen ist 3 Millionen Tonnen höher als im Siebenjahresplan vorsorglich vorgesehen war.

In den letzten Jahren wurde die Erdölproduktion in den USA künstlich zurückgehalten. Die nachweisbaren Reserven stellen jedoch nur das zehnfache der Jahresproduktion dar.

ZUR KLÄRUNG DER BEGRIFFE

«Voluntarismus»

In westlicher Auffassung:

«Der Grosse Brockhaus», Band 12, Wiesbaden 1957: «Voluntarismus, von Tönnies 1883 geprägte Bezeichnung für eine philosophische Denkweise, die alles auf den Willen zurückführt und im Willen den letzten Grund des Seins sucht. Zum erstenmal als System tritt der Voluntarismus bei Schopenhauer auf.»

Voluntaristische Gedanken finden sich auch u. a. bei den Philosophen Duns Scotus, Kant, Fichte, Nietzsche, Hartmann.

In östlicher Auffassung:

1. *Theoretisch* wird entsprechend der ideologischen Forderung des kollektiven Denkens der «Voluntarismus» als bourgeoise subjektivistisch-idealistische Denkweise abgelehnt: *«Politisches Wörterbuch», Moskau, 2. Auflage, 1958:* «Indem die Voluntaristen der einzelnen Person eine entscheidende Rolle in der gesellschaftlichen Entwicklung zuschreiben, verleugnen sie die Rolle der Volksmassen als geschichtsbildende Kraft.

Der Marxismus-Leninismus verwirft den Voluntarismus als eine reaktionäre idealistische Erfindung. Nicht der Wille irgendeiner beliebigen Person bestimmt den Gang der Geschichte, sondern die objektiven Gesetze der Entwicklung der Gesellschaft. Die wahre Willensfreiheit besteht nur dann, wenn die Menschen um die objektiven Gesetze der Entwicklung wissen und nicht entgegen diesen Gesetzen, sondern nach ihnen handeln.

2. *Praktisch* hat bereits Lenin einen gewissen «Voluntarismus» als notwendig anerkannt, als er in seiner Schrift «Was nun?» (1902) gegen die «Spontaneität» schrieb und damit dem Proletariat die Fähigkeit absprach, selbst eine Revolution zu machen. In seinem Buch *«Wörterbuch des kommunistischen Jargons», Band 35 der Herderbücherei, 1958, schreibt dazu R. N. Carew Hunt, Seite 153 f:*

«Er (Lenin) bestritt allerdings nicht die Existenz der objektiven Gesetze, denn damit hätte er die marxistische Dialektik der Geschichte verworfen, die aufrechtzuerhalten er ehrlich bemüht war. Aber er wollte eine Revolution hervorbringen und hielt sie nur für möglich, wenn die Partei aus einer verhältnismässig kleinen Zahl von verschworenen Berufsrevolutionären bestand ...

So gab Lenin der Lehre von Marx eine voluntaristische Wendung. Der primäre Grund für eine Revolution ist, dass die Partei sich zu ihr entschlossen hat. Theoretisch zwar kommt die Partei zu diesem Entschluss nur, wenn die ‚objektiven Bedingungen' für die Revolution eingetreten sind, aber ihr Erfolg wird natürlich als Beweis dafür betrachtet.»

Erziehung

Nordkorea

Bildungsprogramm

Recht eindrückliche Zahlen (die allerdings mit Reserve aufzunehmen sind) über den Ausbau des nordkoreanischen Bildungswesens veröffentlicht die Korean Central News Agency mit Sitz in Pyongyang: Demnach stieg im vergangenen Jahr die Anzahl der Studenten an höheren Schulen gegenüber dem Vorjahr um das 2,7fache. Allein seit August 1960 sind 41 Institutionen für höheres Bildungswesen entstanden und zahlreiche weitere sollen dieses Jahr noch dazu kommen. Die Anzahl Hochschulstudenten werde sich dieses Jahr von 100 000 auf mehr als 150 000 erhöhen. Besonders gefördert wird das Schulprogramm in den Fächern Landwirtschaft und Industrie. Der jetzt beginnende Siebenjahresplan sieht die Ausbildung von 230 000 Ingenieuren und Technikern sowie 600 000 Hilfstechnikern vor.

Zu beachten ist allerdings, dass hier wie in ähnlichen Fällen eindrückliche Zuwachszahlen sich relativ leicht ergeben können, wenn man nahezu vom Nullpunkt ausgegangen ist. Ferner sind Begriffe wie «höhere Bildung», «Ingenieure» oder «Techniker» unsern gleichlautenden Bezeichnungen doch nicht gleichzusetzen. Immerhin scheinen die angeführten Zahlen auch absolut imposant zu sein. Wie weit sie als Propaganda für das gegenwärtig sehr unruhige Südkorea zurechtfrisiert wurden, ist eine andere Frage.

Curriculum der Woche

NIKIFOR TIMOFEJEWITSCH KALTSCHENKO

Der am 28. Februar abgesetzte Ministerpräsident der Ukrainischen Republik, zu dessen Nachfolger W. W. Schtscherbizkij ernannt wurde. Der scharfen Kritik Chruschtschews an den Fehlern der ukrainischen Landwirtschaft ist somit nicht der Parteisekretär Podgorno, sondern der bei der Rechenschaftsabgabe weniger im Diskussionszentrum stehende Regierungschef zum Opfer gefallen.

Geboren 1906 als Bauernsohn im Gebiet Poltawa. 1928 Studienabschluss am landwirtschaftlichen Institut von Poltawa, anschliessend Agronom im Kolchos-Kreisverband in Konotop und Poltawa. Von 1930 bis 1938 als Chefagronom, Leiter der Maschinen- und Traktorenstation (MTS) und Leiter der Charkower Getreideverwaltung tätig. 1938 Vorsitzender des Stadt-Exekutivkomitees von Odessa. Von 1941 bis 1946 in der Armee, Mitglied eines Armeekriegsrates der 1. Ukrainischen Front. 1946 und 1947 Minister für technische Kulturen und anschliessend bis 1950 Minister für Sowchosen der Ukrainischen Republik. 1950 wurde er zum ukrainischen Landwirtschaftsminister ernannt, und im Januar 1954 erhielt er seine Stelle als Vorsitzender des Ministerrates der Ukrainischen SSR, den Posten, den er bis zu seiner jetzigen Entsetzung inne hatte.

Abgeordneter des Obersten Sowjets der UdSSR, und als solcher seit 1952 in verschiedenen Kommissionen tätig. Seit 1938 Mitglied des ukrainischen Partei-Zentralkomitees und 1956 auf dem 20. Kongress zum Mitglied des ZKs der sowjetischen KP gewählt. Gehörte verschiedentlich sowjetischen Delegationen bei internationalen Verhandlungen oder Kontakten bei und besuchte noch vor Jahresfrist die USA. Zahlreiche Auszeichnungen, darunter vier Leninorden.

Bulgarisches Laster

«... Seit einigen Jahren beobachtet man in den Kollektivwirtschaften eine lasterhafte Praxis. Sie besteht darin, dass manche Wirtschaften ihre Pläne nur formell erfüllen. Um nicht hinter den Kollektivwirtschaften, die ihre Pläne tatsächlich erfüllen, zurückzustehen, kaufen sie die fehlenden Agrarprodukte bei anderen Kollektivwirtschaften oder Handelsorganisationen...» («Rabotnitschesko delo», Sofia.)

Die Buchbesprechung

Ein nützliches Nachschlagewerk

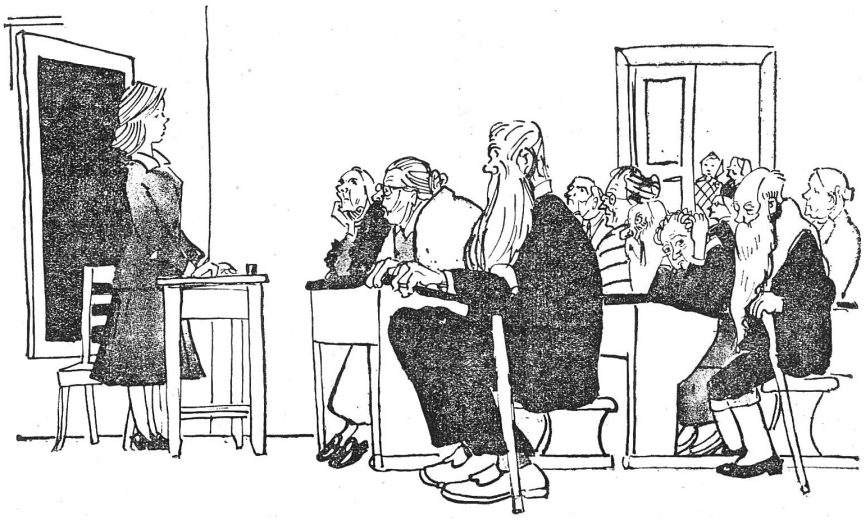
Im Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen, erschien unter den Veröffenlichungen der Akademie für Gemeinwirtschaft Hamburg von Siegfried Landshut und Wolfgang Gaebler ein «Politisches Wörterbuch». Dieses erläutert kurz und prägnant alle Ausdrücke, die in der Diplomatie, im internationalen Recht, in der Presse und in der parlamentarischen Praxis geläufig sind, ferner politische Grundbegriffe, internationale Bedürfnisse, Verträge und Organisationen sowie das poltische Schlagwortvokabularium. Bei der Formulierung der Artikel wurde besonders darauf geachtet, auch dem fachlich nicht vorgebildeten Leser ein müheloses Verständnis zu erschliessen. Das Wörterbuch geht neue Wege, indem es eine nach Ländern oder Ideen orientierte, vorwiegend historische Darstellung vermeidet und sich nicht auf eine Auswahl einzelner, längerer Abhandlungen beschränkt. Es ist ein wirklich für die tägliche Arbeit geschaffenes Nachschlagewerk und bietet jedem Zeitungsleser und dem im öffentlichen Leben Tätigen eine schnelle und zuverlässige Orientierung.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum.

DER KLARE BLICK

22. März 1961

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe, Swiss Press Review and News Report.



Isolierte Schulen

Eine eher nett als bissig wirkende Kritik am mangelnden Interesse der Eltern an den Schulen veröffentlichte das «Krokodil» in seiner Nummer vom 28. Februar. «Ich habe sie herberufen, um mich über Ihre Kinder zu beklagen», verkündet die Lehrerin. «Sie schwänzen alle die Elternversammlung.»

Diese recht freundlich tönende Mahnung aber beleuchtet zwei Erscheinungen, die für sowjetische Verhältnisse immer typischer werden. Einmal die soziologische Umschichtung der Familie, deren stärkste Bande unter den Generationen zwischen Grosseltern und Enkeln bestehen. Beide Elternteile sind nicht nur im Arbeitsprozess eingespannt, sondern überdies in hohem Masse von den «sozialistischen Gesellschaftspflichten» beansprucht. Sie überlassen die Erziehung ihrer Kinder (soweit sie überhaupt in der Familie erfolgt) immer mehr ihren Eltern und Schwiegereltern, die somit seltsamerweise wie im alten Russland wieder eine zentrale Stelle im Haushalt einnehmen. Das bezieht sich selbstverständlich nur auf das rein familiäre Zusammenleben.

Die andere wichtige Tendenz besteht in der ungeheuren Zunahme von Tagesschulen und eigentlichen Internaten, welche den Eltern die Sorge um die Erziehung der Kinder abnehmen, die ganz in die Hände der Partei (hauptsächlich mittelbar durch die KP-Jugendorganisationen «Pioniere» und «Komsomol») fällt. Da die finanziellen Bedingungen recht günstig sind, besteht von seiten der Eltern recht grosses Interesse an diesen Institutionen, die zugleich auch stofflich ein konzentriertes Lernen ermöglichen. Immerhin wird durch solche Schulen die Loslösung von Eltern und Kindern ganz bewusst gefördert, so dass eine Zeichnung wie die hier wiedergegebene einen guten Teil Heuchelei enthält. Der kritisierte Zustand ist nämlich ziemlich weitgehend systembedingt und vom System gewünscht.

Brief und Memo

Richtlinien für die freie Wirtschaft

A. P. in Zürich zu «Problematisches Oel» (KB, Nr. 8 vom 1. März)

Sollten nicht die Wirtschaftskreise mit Einblick in die Zusammenhänge unsere wirtschaftliche Lage von Grund auf überprüfen? Sollten dann nicht Richtlinien aufgestellt werden für die zukünftige Gestaltung vor allem unseres Handels, damit unsere freie Wirtschaft weiter gedeihen kann und nicht durchsetzt wird von immer stärker werdenden kommunistischen Einflüssen, die uns auf wirtschaftlichem Gebiet sturmreif machen? Unsere Wirtschaft, auch die des täglichen Lebens, sollte nicht gedankenlos um momentaner Vorteile willen Zugeständnisse machen, den nach politischen Gesichtspunkten wirtschaftenden Gegner unterstützen und so den Ast absägen helfen, auf dem wir noch sitzen. Wir, das Volk, sollten die Konsequenzen sehen lernen, damit wir zur richtigen Beurteilung gelangen und grossangelegte Massnahmen — z. B. der Behörden — verstehen und befolgen.

Ihre Forderung nach politisch verantwortlichen Richtlinien für die west-östlichen Wirtschaftsbeziehungen erhebt sich in der Tat. (Siehe auch «Unsere Stellungnahme zum Osthandel», KB, Nr. 37, 1960.) Von den Schwierigkeiten, die sich ihrer Verwirklichung immer wieder entgegenstellen, führen wir stichwortartig die folgenden an: 1. Die Frage der Autorität. 2. Die Frage der Koordination. 3. Die grundsätzliche Frage der gelenkten Wirtschaft als Einschränkung unserer freien Handelsprinzipien.

1. So leicht ist es nicht, die Stelle(n) zu finden, die befähigt und befugt ist, massgebende und verbindliche Richtlinien aufzustellen. Wie weit sind etwa die von Ihnen genannten Wirtschaftskreise mit Einblick in die Zusammenhänge daran interessiert, politischen Forderungen Priorität einzugestehen? Wie weit kann anderseits der Staat in unserem demokratischen System eine zielbewusste und doch rasche Lenkung der erforderlichen Massnahmen durchführen?

2. Richtlinien haben nur dann einen Sinn, wenn sie im ganzen Westen verbindlich eingeführt werden. Wir erinnern an die Reaktion verschiedener westlicher Staaten auf die Bonner Kündigung des Interzonenhandels-Abkommens mit der SBZ. Die sowjetische Besatzungszone erhielt eine ganze Reihe von Offerten aus Ländern, welche ohne zu zögern die Gelegenheit ergriffen, die frei werdende Absatzkapazität der Bundesrepublik auszunützen. Wir erinnern auch an die jüngste Leipziger Messe, wo die ursprünglich Westdeutschland reservierte Ausstellungsfläche mühelos an andere Interessenten der Freien Welt vergeben werden konnte.

3. Wie steht es mit dem Einwand, dass der Westen mit einer gelenkten Wirtschaftspolitik gegen die politisch gelenkte Wirtschaft des Ostens den Teufel mit dem Beelzebub vertreiben würde? Wohl haben wir zur Verteidigung der Freiheit auch Einschränkungen auf uns zu nehmen. Die Freiheit des Westens darf nicht einfach darin bestehen, an den Osten zu verkaufen. Wird aber nicht jeder Kompromiss notwendigerweise weniger wirksam sein als die totalitär gelenkte Wirtschaft auf der Gegenseite? Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang, dass nach unserer rechtsstaatlichen Auffassung Verträge und dergleichen verbindlich sind, im Osten jedoch nur soweit eingehalten werden, als sie «der Sache des Sozialismus» dienen. Werden wir bei unsern Versuchen, den Gegner mit seinen eigenen Waffen zu bekämpfen, nicht immer die kürzere Waffe in der Hand haben?

Trotz dieser erst noch lückenhaft angeführten Schwierigkeiten bestehen die oben genannten Forderungen zu Recht. Der schwere Weg zu ihrer Verwirklichung führt aber nur über ein vermehrtes politisches Verantwortungssystem, nicht nur für wirtschaftliche Kreise, sondern für jeden von uns. Und freiwillige politische Verantwortung muss auch jenen Wirtschaftspersönlichkeiten zur Verpflichtung werden, die im Unterschied zu den gewählten Vertretern des Volkes dem Souverän keine direkte Rechenschaft schuldig sind.

Red. KB.

Der Schnappschuss

Wegen einer Reihe falscher Invaliditätsbescheinigungen stand kürzlich laut «Iswestija» ein Arzt aus Poltawa am Dnjeper vor Gericht. Die Schwindeleien hatten ihren Grund darin, dass Invalide die schwer erhältlichen Moskwitsch-Wagen verbilligt erwerben können.

*

Die SBZ sieht sich veranlasst, gegen die Willkürpraktiken untergeordneter Funktionäre etwas zu unternehmen. Alle Dienststellen wurden vom DDR-Staatsrat angewiesen, Vorschlägen und Beschwerden der Bevölkerung künftig mehr Beachtung zu schenken. Wer Eingaben der Bürger missachtet, soll disziplinarisch zur Verantwortung gezogen werden.

*

Der Kommunismus könnte «den Kampf um den menschlichen Geist» verlieren, wenn er dem Problem des menschlichen Individuums und seines Geschicks nicht Rechnung trägt. Das schrieb der marxistische Philosoph Adam Schaff in der polnischen «Przeglad Review».